Donnerstag, 27. Februar 2025 | um 14.30 Uhr | Norddeutscher Rundfunk

Die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im aktuellen Wahlkampf

Der Rechts- und Eingabenausschuss hat sich nach einer Einordnung des Medienjournalisten Herrn Dr. Joachim Huber zu den Aussagen der Parteien in ihren Wahlprogrammen für die Bundestagswahl am 23.02.2025 zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk auseinandergesetzt. Auf Grundlage der Ausführungen des Direktors des Landesfunkhauses Hamburg haben sich die Mitglieder anschließend mit den entsprechenden Positionen der Landesparteien im Rahmen der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 02.03.2025 sowie mit der Vorwahlberichterstattung des NDR befasst.

Programmbeschwerde vom 21.10.2024 und weiteres Schreiben vom 21.12.2024 zu dem Artikel „Amnesty kritisiert E-Auto-Hersteller“ bei tagesschau.de vom 15.10.2024 um 08.38 Uhr

Der Beschwerdeführer kritisiert die Artikelüberschrift, da die undifferenzierte Formulierung das Thema Elektroautos insgesamt diskreditiere, obwohl deutsche und amerikanische Hersteller in der Rangliste von Amnesty International deutlich besser abschneiden als asiatische Unternehmen. Ferner moniert er, dass sich die Rangliste und der Bericht bei tagesschau.de ausschließlich auf Elektroauto-Hersteller beziehe, ohne auch andere Branchen zu betrachten, die Rohstoffe wie Kobalt, Kupfer und Lithium verwenden. Zudem teilt er mit, dass seltene Erden, anders als im Bericht geschrieben, nicht Bestandteil von E-Auto-Batterien seien. Die einseitige Berichterstattung verstoße gegen den NDR Staatsvertrag. In der Stellungnahme der Redaktion wurden die Vorwürfe zurückgewiesen und betont, dass es sich bei dem Artikel um eine kurze Nachrichtenmeldung über die Veröffentlichung eines Berichts von Amnesty International zu Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Lieferkette von Elektroauto-Herstellern handele. Direkt unter der Artikelunterschrift finde eine Differenzierung der Hersteller von Elektroautos statt. Auf den Hinweis des Beschwerdeführers zu den seltenen Erden sei die Formulierung im Artikel korrigiert und die Änderung am Ende des Artikels in einem Korrekturhinweis transparent gemacht worden. Die Mitglieder des Rechts- und Eingabenausschusses haben den Vorwurf der einseitigen Berichterstattung nicht bestätigt und festgestellt, dass der Beitrag nicht gegen die Grundsätze der Programmgestaltung gemäß NDR Staatsvertrag verstößt und dem Rundfunkrat empfohlen, keinen Verstoß festzustellen. Sie erkennen an, dass die Redaktion die Eingabe zum Anlass genommen hat, Veränderungen im Beitrag vorzunehmen. Die Korrektur durch den verantwortlichen Redakteur lege den Schluss nahe, dass hier eine einseitige Berichterstattung nicht intendiert war. Die Ausführungen des Beschwerdeführers zu Rohstoffen in der E-Mobilität haben darüber hinaus deutlich gemacht, dass eine facettenreiche Auseinandersetzung mit der Verantwortung für sozial- und umweltverträgliche Ressourcennutzung in der Industrie auch zukünftig im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wünschenswert sei.

Programmbeschwerde vom 28.10.2024 und weitere Schreiben über einen Beitrag in der Sendung „Extra 3“ vom 10.10.2024 um 22.45 Uhr zum Thema „Positionen des Bundesvorsitzenden der CDU, Friedrich Merz zur Asylpolitik“

Der Beschwerdeführer erhebt den Vorwurf, dass die Öffentlichkeit mit dem Beitrag in die Irre geführt werde, indem „Fake News“ in Bezug auf den Bundesvorsitzenden der CDU, Friedrich Merz, und dessen Positionen zur Asylpolitik verbreitet worden seien.

Danach sei in der Sendung wahrheitswidrig behauptet worden, Herr Merz plane die Abschaffung des Asylrechts für bestimmte Nationen. Darüber hinaus kritisiert der Beschwerdeführer die Aussage des „Extra 3“-Moderators, dass es gemäß Genfer Flüchtlingskonvention verboten sei, um Asyl bittende Menschen an der Grenze nicht einreisen zu lassen, als unvertretbar falsch. Damit verstoße die Sendung gegen den Grundsatz der zur Wahrheit verpflichteten Berichterstattung. Die Redaktion hat die erhobenen Vorwürfe in ihrer Stellungnahme zurückgewiesen und dargelegt, die satirischen Auseinandersetzungen beruhten auf der von Herrn Merz am 25.08.2025 veröffentlichten #MerzMail, die bis dato unverändert öffentlich abrufbar sei. Die monierte Aussage des Moderators sei juristisch geprüft worden und rechtlich vertretbar. Die Mitglieder des Rechts- und Eingabenausschusses haben sich intensiv mit den redaktionellen Entscheidungen und dem Sendekonzept von „Extra 3“ auseinandergesetzt. Nach sorgfältiger Prüfung des Sachverhalts haben die Mitglieder festgestellt, dass der Beitrag nicht gegen die Grundsätze der Programmgestaltung gemäß NDR Staatsvertrag verstößt und dem Rundfunkrat empfohlen, keinen Verstoß festzustellen.

gez. Katja Schroeder – Vorsitzende des Rechts- und Eingabenausschusses
Hamburg, 10.04.2025